

Regierungserklärung

**Regierungserklärung anlässlich der aussenpolitischen Debatte im Reichstag
am 10. Februar 1999**

Nicht offizielle Übersetzung. Änderungen vorbehalten

Frau Präsidentin/Herr Präsident!

Überladene Karren mit Frauen und Kindern auf der Flucht. Eine Kriegsmaschine, die tötet, zerstört und terrorisiert. Ethnische Säuberung, Unversöhnlichkeit und Verleumdungskampagnen als Werkzeuge der Politik. Heckenschützen und Massengräber.

Dies ist in diesen Tagen geschehen, in unserem eigenen Erdteil, in Europa. Dies ist die schicksalsschwere Wirklichkeit, die sich erneut vor unseren Augen abspielt und auch weiter abspielen wird, wenn die Verhandlungen von Rambouillet nicht zu einem Ergebnis führen und den Grundstein für eine friedliche Entwicklung legen.

Das ruft uns ins Gedächtnis, wovon die Politik – auch die Aussenpolitik – in Wirklichkeit handelt: Der Wunsch der Menschen nach einem Leben in Sicherheit, der Achtung ihrer Rechte und der Verwirklichung ihrer Träume.

Doch heute ist der Balkan ein tragischer Sonderfall in Europa.

Im vergangenen Jahrzehnt hat der Rest Europas eine dynamische politische und wirtschaftliche Entwicklung erfahren. Es ist höchste Zeit, dass der Balkan seinen Platz im modernen Europa findet.

Frau Präsidentin/Herr Präsident!

Die Beteiligung Schwedens im Ostseeraum, in der EU, auf dem Balkan und global zeigen, wie sich die Voraussetzungen für unsere Aussenpolitik verändert haben.

Die Grenzen zwischen der Aussen- und Innenpolitik gehen ineinander über. Der Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft tritt deutlicher zutage, dies gilt gleichermassen für die Rolle, die die wirtschaftliche Entwicklung für Demokratie und Sicherheit spielt. Aussenpolitik bedeutet sowohl Handel und Investitionen als auch entwicklungspolitische Zusammenarbeit und Migration. Dies spiegelt sich in der neuen Organisationsstruktur des Aussenministeriums wider.

Die schwedische Mitgliedschaft in der Europäischen Union ermöglicht es uns, für einen Kontinent geprägt von Demokratie, Solidarität und Transparenz zu wirken. Die Erweiterung und die Kontakte der EU mit Russland sollen dazu beitragen, das allzu lange geteilte Europa zu einigen.

Wir wollen dazu beitragen, durch eine aktive Arbeit für Beschäftigung, Gleichstellung, Umwelt und Verbraucherschutz, eine bürgernahe Union zu formen. Der Vorsitz im Jahr 2001 wird ein weiterer Meilenstein in der schwedischen EU-Arbeit sein.

Die in der internationalen Entwicklung eingeschlagene Richtung ist im Ansatz positiv und gibt allen Anlass zu Hoffnung. Die Zahl der vor allem unter den Staaten ausgetragenen bewaffneten Konflikte geht zurück. Die Kindersterblichkeit nimmt ab. Das internationale Engagement für eine nachhaltige Entwicklung wird vertieft. Wir sehen eine Wertegemeinschaft heranwachsen, die auf Demokratie, Menschenrechte, Völkerrecht und Freihandel aufbaut.

Die Verteidigungskommission hat festgestellt, dass die sicherheits-politische Situation Schwedens gut ist. Die Durchführung einer Invasion von ganz Schweden oder Teilen des Landes ist in einer Zehnjahresperspektive undurchführbar.

Gleichzeitig bleiben langfristige Bedrohungen bestehen. Die Kluft zwischen den Menschen wird grösser. Der Raubbau stellt eine Bedrohung unserer globalen Umwelt dar. Die Finanz- und Wirtschaftskrisen in Asien, Russland und Lateinamerika liessen die Weltwirtschaft aus ihren Fugen geraten.

Die Vorbeugung bewaffneter Auseinandersetzungen kann nur dadurch erfolgen, dass die ihnen zugrundeliegenden Ursachen mit Hilfe aller der internationalen Gemeinschaft zur Verfügung stehenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Mittel in Angriff genommen werden.

Entwicklungspolitische Zusammenarbeit, Handelspolitik und Konfliktvorbeugung sind wichtige Instrumente unserer gemeinsamen Aussenpolitik und müssen ständig weiterentwickelt werden, um den mit der Globalisierung einhergehenden Veränderungen begegnen zu können.

Die umfangreiche Entwicklungshilfe Schwedens ist in der Welt auf Anerkennung gestossen. Die in den vergangenen Jahren erfolgte Evaluierung wird in einer parlamentarischen Überprüfung weitergeführt.

Mit einer aktiven Politik zur Förderung des Handels will die Regierung der wirtschaftlichen Entwicklung und Beschäftigung neue Impulse geben. Die Aussenpolitik trägt ihren Anteil an unserem eigenen materiellen Wohlstand.

Die Teilnahme an friedenserhaltenden und humanitären Massnahmen gehört zu den Hauptaufgaben der Gesamtverteidigung.

Gegenwärtig wird ein Aktionsplan für Massnahmen zur Konfliktvorbeugung ausgearbeitet.

Frau Präsidentin/Herr Präsident!

Die Regierung setzt sich für die Stärkung der Zusammenarbeit in den Bereichen Demokratie, Sicherheit und Entwicklung in unserem Nahbereich ein.

Ein halbes Jahrhundert lang bildete die Ostsee einen Wallgraben zwischen Ost und West. Heute vereint das gleiche Meer mit wachsendem Handel, kulturellem Austausch, politischer Zusammenarbeit und Kontakten zwischen Kommunen, Unternehmen und Volksbewegungen freie Länder und Menschen.

Ein Netzwerk der Zusammenarbeit wird zu einem Sicherheitsnetz für den Frieden.

Trotz der Wirtschaftskrise in Russland hat der Ostseeraum die Voraussetzung, mittelfristig eines der dynamischsten Wachstumszentren Europas zu werden.

Zusätzlich zu den früheren umfangreichen Einsätzen veranschlagt die Regierung für die nächsten fünf Jahre eine weitere Milliarde Kronen für die wirtschaftliche Entwicklung und Anhebung des Wohlstands in der Region. Die Regierung hat ein Komitee für die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Ostseeraum gebildet, um Leitlinien zur Verwendung dieser Mittel auszuarbeiten.

Im Ostseeraum kristallisieren sich allmählich Sicherheitsmuster heraus. Das Prinzip, dass jeder Staat das Recht hat, seinen eigenen sicherheitspolitischen Weg zu wählen, ist von grundlegender Bedeutung. Die sicherheitspolitische Verantwortung für ganz Europa mindert dieses Recht keineswegs.

Die Sicherheit Europas ist unteilbar. Doch auch die Sicherheit in unserem Teil des Kontinents geht ganz Europa und die Länder Nordamerikas an. Russland ist ein Teil Europas und muss auch in die gesamteuropäische Sicherheitsordnung eingebunden werden.

Der Rat der Ostseeanrainerstaaten mit seinem im vergangenen Jahr in Stockholm eingerichteten Sekretariat entwickelt sich zu einem immer bedeutenderen Forum der Zusammenarbeit. Eine Aktionsgruppe unter schwedischer Leitung befasst sich mit dem Aufbau von Zusammenarbeitsstrukturen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Eine regionale Agenda 21 wird Wirklichkeit.

Auf schwedische Initiative werden besondere Massnahmen zum Schutz benachteiligter Kinder durchgeführt. Eine Konferenz mit den für Familien- und Jugendfragen verantwortlichen Ministern wird im Frühjahr in Stockholm stattfinden.

Während des finnischen Vorsitzes wird die EU ihre nordische Dimension weiterentwickeln. Dadurch werden die Voraussetzungen für eine Stärkung des Rates der Ostseeanrainerstaaten, des Arktischen Rates sowie des Rates der Barentssee-Region geschaffen.

Das Verhältnis zwischen den baltischen Staaten und Russland hat sich positiv entwickelt. Dennoch bestehen nach wie vor ungelöste Fragen zwischen diesen Staaten. Russland sollte baldmöglichst die Grenzabkommen mit Estland und Lettland unterzeichnen, das russische Parlament sollte das Grenzabkommen mit Litauen ratifizieren.

Estland und Lettland unternehmen, unterstützt von Schweden und anderen Ländern, wichtige und notwendige Schritte zur Integration der russischsprachigen Bevölkerungsgruppen in ihre Gesellschaften.

Die Regierung spricht sich für eine festere Einbindung Russlands in die Strukturen der europäischen Zusammenarbeit aus. Die Regierung arbeitet auf regionaler und lokaler Ebene für eine erweiterte Zusammenarbeit und unterstützt die soziale Reformarbeit in Russland.

Schweden beteiligt sich aktiv an der Arbeit der EU zur Schaffung einer Russland-Strategie in den Bereichen Handel, verstärkte nukleare Sicherheit und Demokratieunterstützung. Es ist von grösster Bedeutung, dass ein demokratisches Russland fortsetzt, einen gut funktionierenden Rechtsstaat und eine sozial nachhaltige Marktwirtschaft zu schaffen.

Unter dem Motto "Schweden - Polen: Ostseeanrainer in einem neuen Europa" unternimmt die Regierung in diesem Jahr umfassende Massnahmen zur Stärkung der Beziehungen zwischen Polen und Schweden. Die aktive Teilnahme sowohl Polens als auch Deutschlands an der Zusammenarbeit im Ostseeraum ist hierbei von wesentlicher Bedeutung.

Die nordische Zusammenarbeit hat mit dem Beitritt Schwedens und Finnlands zur EU eine grössere Bedeutung und neue dynamische Impulse erfahren. Schweden hat den Vorsitz in der nordischen Regierungszusammenarbeit an Island weitergegeben. Wir konnten dazu beitragen, dass die Zusammenarbeit eine zielstrebige und strategische Ausrichtung erhalten hat.

Die nordischen Staaten sind ein wichtiger Ausgangspunkt für ein breites internationales Engagement. Die nordische Zusammenarbeit erhält darüberhinaus neue Impulse durch ein immer engeres Zusammenwirken mit den baltischen Staaten.

Frau Präsidentin/Herr Präsident!

Die Regierung tritt für eine Stärkung der Zusammenarbeit im Rahmen der Demokratie, Sicherheit und Entwicklung in ganz Europa ein.

Schweden hat eine europäische Identität und eine europäische Verantwortung.

Das aktive Engagement in der Europäischen Union ist der wichtigste Ausdruck unserer Bereitschaft, die Verantwortung für Europa zu übernehmen.

Die Mitgliedschaft in der EU ist unserem Land dienlich. Sie verbessert unsere Möglichkeiten zur Wahrung unserer wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen. Die Regierung beabsichtigt eine aktive und zukunftsorientierte EU-Politik zu führen.

In den kommenden Jahren steht die EU vor umwälzenden Veränderungen. Die Regierung will sich aktiv für eine Erweiterung der Union und gleichzeitige Vertiefung und Fortführung der Zusammenarbeit einsetzen.

Die Arbeitsweise und die Institutionen der EU bedürfen einer Reform. Starke und effektive Institutionen sind für Mitgliedstaaten wie Schweden von Bedeutung.

Während des schwedischen Vorsitzes im Jahre 2001 wird Schweden dafür arbeiten, dass die Europäische Union besser für Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerüstet ist.

Die EU ändert ihr Erscheinungsbild. Fragen, mit denen sich die Bevölkerung auseinandersetzt - Beschäftigung, Umwelt, Gleichstellung, Verbraucherpolitik, Bekämpfung der Kriminalität - nehmen einen immer höheren Stellenwert in der Union ein. Im Zuge dieser Entwicklung wächst auch die von uns begrüßte Unterstützung der EU durch die Bevölkerung.

Das Europäische Parlament spielt mit seinem Eintreten für eine transparente EU eine wichtige Rolle. Eine hohe Beteiligung an den im Juni stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament stärkt den Einfluss der Bevölkerung in Europa.

Die schwedische Regierung leistete einen aktiven Beitrag zur Aufnahme des Kapitels über Beschäftigung in den Vertrag von Amsterdam. Auf dieser gemeinsamen Grundlage werden nun Zielvorgaben und Leitlinien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf europäischer Ebene und mittels nationaler Aktionspläne erstellt.

Die Verhandlungen im Rahmen der Agenda 2000 sollten schon in diesem Frühjahr zu Ende geführt werden und zu Erleichterung der Erweiterung, besserer Nutzung der Ressourcen der Union und einer gerechteren Lastenverteilung führen. Die Agrarpolitik muss reformiert werden.

Für die Regierung steht die Erweiterung der EU an erster Stelle. Wir müssen durch einen erfolgreichen Erweiterungsprozess und durch ein Ausbauen der Zusammenarbeit der EU mit den nicht von der Erweiterung betroffenen europäischen Staaten dafür arbeiten, dass keine neuen Trennungslinien in Europa entstehen.

Für Schweden ist die Integration der Staaten unseres Nahbereichs in das neue Europa von vitalem Interesse.

Genauso wie Polen hat auch Estland die formellen Verhandlungen über einen Beitritt zur EU aufgenommen. Lettland und Litauen haben wichtige Reformen durchgeführt, um die Anforderungen für einen Beitritt zu erfüllen. Diese Staaten sollten baldmöglichst zur Teilnahme an den formellen Verhandlungen eingeladen werden.

Für Europa war die Einführung des Euro ein historischer Schritt. Auch für Schweden ist der Erfolg der WWU von Bedeutung. Der Beschluss über die Teilnahme Schwedens an der dritten Stufe der WWU wird der Bevölkerung in einer Wahl oder in einem Referendum unterstellt. Die Regierung stellt im Laufe des Jahres 20 Millionen Kronen für eine Informationskampagne und für Volksbildung zum Thema WWU zur Verfügung.

Mit dem Binnenmarkt der EU wollen wir gemeinsam moderne, offene und effektive Wirtschaftsstrukturen schaffen, die der Bevölkerung in der Union, aber auch den Menschen ausserhalb der Europäischen Union zugute kommen werden. Die Regierung setzt sich aktiv für die Entwicklung des Binnenmarkts, einem einzigartigen und erfolgreichen Projekt, das Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigung begünstigt, ein.

Die Regierung strebt auch weiterhin eine bessere Kontrolle des Wettbewerbs an. Die Bestimmungen bezüglich staatlicher Subventionen müssen besser respektiert werden, effektivere und gerechtere Regeln bei der öffentlichen Auftragsvergabe müssen zur Anwendung gelangen. Die wirtschaftliche Kontrolle muss gestärkt werden.

Die nachhaltige Entwicklung und die Aufnahme der Umweltaspekte in die verschiedenen politischen Bereiche der EU durchzieht die Union. Die Regierung wird dafür arbeiten, dass die im Vertrag von Amsterdam definierten Umweltbestimmungen entsprechend in die Praxis umgesetzt werden, beispielsweise durch effektive Massnahmen gegen die Übersäuerung.

Die Entwicklung und Erweiterung der europäischen Wertegemeinschaft um die Begriffe Demokratie und Menschenrechte sind seit der Gründung im Jahre 1949 eine der wichtigsten Aufgaben des Europarates. Anlässlich des fünfzig-jährigen Bestehens der Organisation hat die Regierung ein Nationalkomitee zur Koordinierung der Aktivitäten in Schweden gebildet. Auf schwedisch-norwegische Initiative beschloss der Europarat ein europäisches Programm zum Schutz der Kinder.

Der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, OSZE, kommt bei der Konfliktvorbeugung u.a. durch Aktivitäten vor Ort und mit der Ernennung eines besonderen Hochkommissars für nationale Minderheiten eine wichtige Rolle zu.

Im Kosovo sieht sich die OSZE gegenwärtig ihrer bisher grössten und schwierigsten Aufgabe gegenübergestellt. Mitarbeiter aus über 30 Ländern wirken gemeinsam in einer für die Region und für Europa entscheidenden Phase.

Schweden erklärt sich nach Beschluss im Sicherheitsrat der UNO bereit, an Massnahmen zur Friedenserhaltung teilzunehmen, um ein Abkommen über die Zukunft Kosovos umsetzen zu können.

Die NATO hat nach dem Kalten Krieg dynamische Veränderungen erfahren. Dies gilt sowohl für die Aufgabenstellung, als auch für Organisation und Mitgliederkreis. Die Einsätze in Bosnien - die Schweden auch weiterhin unterstützen wird - haben der NATO eine neue und zentrale Rolle beim Krisenmanagement in Zusammenarbeit mit den bündnisfreien Staaten verliehen.

Schweden beteiligt sich aktiv an der Tätigkeit im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden, PFF, und des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates, EAPR.

Die Partnerschaft für den Frieden spielt vor allem in unserem Nahbereich eine wesentliche Rolle für die Vertrauensbildung und stellt einen wichtigen Bestandteil beim Aufbau einer Fähigkeit für das Krisenmanagement in unserem Teil der Welt dar, um gemeinsam den Bedrohungen und Krisen begegnen zu können.

Schwedens militärische Bündnisfreiheit mit dem Ziel, dass unser Land im Falle eines Krieges in unserem Nahbereich neutral sein kann, bleibt bestehen und dient dem

Abbau von Spannungen und der Stärkung der Sicherheit in unserem Teil Europas. Wir haben unsere Politik selbst gewählt und definieren ihren genaueren Inhalt.

Die militärische Bündnisfreiheit bedeutet keineswegs, ausgeschlossen zu sein. Schweden beteiligt sich konkret und aktiv an friedenserhaltenden und konfliktvorbeugenden Massnahmen sowohl in Europa als auch in den übrigen Teilen der Welt.

Die Regierung will die europäische Bereitschaft für das Krisenmanagement ausbauen. Die EU verfügt, dank ihrer breitgefächerten Strukturen und Wertegemeinschaft, über ein grosses Potential auf diesem Gebiet. Auf Vorschlag Schwedens und Finnlands wurde das Krisenmanagement als ein Aufgabenbereich der EU in den Vertrag von Amsterdam aufgenommen.

Über diese Fragen wird gegenwärtig in Europa intensiv diskutiert. Die Regierung begrüsst dies. In erster Linie gilt es, die gemeinsame Handlungsbereitschaft der Staaten zu stärken. Wir sind auch zu einer Überprüfung der Beschlussformen und institutionellen Lösungen des Krisenmanagements bereit. Eine klare Trennungslinie zwischen Krisenmanagement und Territorialverteidigung sollte aufrechterhalten werden.

Frau Präsidentin/Herr Präsident!

Die Regierung tritt für eine globale Stärkung der Zusammenarbeit in den Bereichen Demokratie, Sicherheit und Entwicklung ein.

Auch auf dieser Ebene streben wir die Entwicklung von Zusammenarbeits- und Sicherheitsordnungen an, aufbauend auf einer immer stärkeren Wertegemeinschaft.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bildet das Kernstück der internationalen Sicherheitsordnung.

Die Verantwortung der Vereinten Nationen bezieht sich in erster Linie darauf, Garant für das Primat des Völkerrechts in der Weltpolitik zu sein. Der Sicherheitsrat hat zur Aufgabe, über die militärische Gewaltanwendung zu befinden, ausgenommen in Fällen von Selbstverteidigung oder extremen Notsituationen. Dies gilt unabhängig davon, wem die Leitung friedenserhaltender Massnahmen übertragen wird.

Als Mitglied des Sicherheitsrates in den vergangenen zwei Jahren war für Schweden die wichtigste Aufgabe die Stärkung des Willens und der Bereitschaft des Sicherheitsrates, die volle Verantwortung für weltweiten Frieden und Sicherheit zu tragen. In vielen Fragen konnten wir an der Erzielung wichtiger Ergebnisse mitwirken.

Gleichzeitig bekamen wir konkret die Problematik zu spüren, mit der sich der Sicherheitsrat auseinandersetzen muss. Manchmal wurden notwendige Ratsbeschlüsse blockiert, manchmal wurde der Rat beiseitegestellt.

Die während dieser zwei Jahre im Sicherheitsrat gewonnenen Erfahrungen sind wertvoll für unser zukünftiges UN-Engagement, das weiterhin ein Grundpfeiler unserer Aussenpolitik bleibt.

Die schwedische Beteiligung an der Arbeit der UNO ist geprägt von einer holistischen Perspektive. Frieden, Sicherheit, Demokratie, Menschenrechte, humanitäre Arbeit und nachhaltige Entwicklung können in einer langfristigen Perspektive nicht voneinander getrennt werden.

Wesentlich für die UN-Politik der Regierung ist das Eintreten für eine Stärkung und Reformierung der Vereinten Nationen. Schweden wurde eine führende Rolle für die Reformierung des Sicherheitsrates übertragen. Die Mitgliedstaaten müssen ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen.

Die Massnahmen der UNO zur Konfliktvorbeugung müssen weiterentwickelt werden. Achtung der Menschenrechte sollte sich durch die gesamte Tätigkeit der UNO ziehen. Besondere Aufmerksamkeit sollte den Rechten und Lebensbedingungen der Kinder geschenkt werden. Eine Strategie zur Bekämpfung der Armut sollte im Jahre 2000 von der Vollversammlung zur Jahrtausendwende verabschiedet werden. Die humanitäre Hilfe ist ein Teil der internationalen Arbeit für Frieden, Demokratie und Entwicklung.

Die Kernwaffenversuche Indiens und Pakistans haben gezeigt, dass die Bedrohung durch die Massenvernichtungswaffen wieder zum Tagesgeschehen gehören. Unser Ziel ist eine von Massenvernichtungswaffen befreite Welt.

Die Regierung will aktiv und auf internationaler Ebene für die Nichtverbreitung und Abrüstung von Kernwaffen eintreten. Die Initiative von acht Nationen zeigt einen pragmatischen Weg zur Abrüstung von atomaren Waffen. Sie hebt den engen Zusammenhang hervor, der zwischen der Verhinderung einer Verbreitung und der Verpflichtung der Kernwaffenstaaten zur Abrüstung und Entfernung aller Kernwaffen besteht.

Wir haben gesehen, was chemische und biologische Waffen in den Händen von Saddam Hussein oder von Terroristen wie in der U-Bahn von Tokio anrichten können.

Es bedarf einer Strategie, um neuen Bedrohungen durch Terroristen mit Massenvernichtungswaffen oder Angriffen auf empfindliche Informationssysteme begegnen zu können. Die internationale Zusammenarbeit muss vertieft werden, vor allem hinsichtlich der Konventionen über das Verbot von chemischen und biologischen Waffen.

Schweden war bei der Abfassung der Konvention von Ottawa über das Totalverbot der Verwendung von Antipersonenminen eine treibende Kraft. Wir spielen eine führende Rolle bei der Minenräumung und Unterstützung von Minenopfern.

Abrüstung und Rüstungskontrolle sind wichtige Aufgaben auch in Europa. Die in diesem Jahr zum Abschluss kommenden Verhandlungen über zwei wichtige Vereinbarungen - das Dokument von Wien und den Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa, CFE - sind auch für die Sicherheit Schwedens von grosser Tragweite.

Die Regierung setzt sich für einen restriktiveren Waffenexport ein und strebt u.a. eine Weiterentwicklung des Verhaltenskodex der EU für den Waffenexport an.

Schweden beteiligt sich gemeinsam mit anderen Ländern an konkreten Massnahmen zur Linderung des unsäglichen menschlichen Leidens, das die Verbreitung und die Anwendung von leichten Waffen in den Konflikten von heute verursachen.

Frau Präsidentin/Herr Präsident!

Die Achtung der Menschenrechte bildet eine feste Grundlage für Frieden und Sicherheit. Dieser Grundsatz soll unsere Aussenpolitik prägen. Dies gilt gleichermassen für unsere Arbeit in Europa, in der Welt und für die bilaterale Zusammenarbeit mit anderen Staaten.

Der Rassismus muss in allen seinen Formen hart und bedingungslos bekämpft werden, bei uns und ausserhalb unserer Grenzen.

Das Projekt "Lebendige Geschichte" handelt davon, nie zu vergessen. Es handelt davon, Schlussfolgerungen für unsere Gegenwart zu ziehen. Die Regierung wird diese Arbeit zu Ende führen.

Gleichstellung ist ein vorrangiges Ziel der Regierung. Hier muss ein weiter Weg zurückgelegt werden, der durch eine Welt von Diskriminierung, ausgebreiteter Gewalt und Unterdrückung der Frauen führt.

Auf dem Gebiet der Menschenrechte werden wir zur Entwicklung eines internationalen Normensystems beitragen und in konkreten Fällen zur Tat schreiten, sollten diese Normen verletzt werden.

Die Regierung setzt sich in der EU häufig für die Verstärkung der Menschenrechte ein. Der Vertrag von Amsterdam legt fest, dass die EU auf den Grundsätzen der Freiheit und Achtung der Menschenrechte aufbaut, die von den heutigen, aber auch von den zukünftigen Mitgliedstaaten respektiert werden müssen.

Heute vor zehn Jahren wurde die Konvention über die Rechte der Kinder angenommen. Keine andere Menschenrechtskonvention hat einen so grossen Anklang gefunden. Die von der Regierung eingeleitete Überprüfung der die Kinder betreffenden Fragen hat das Wohl des Kindes zum Ziel und soll die entwicklungspolitische Zusammenarbeit Schwedens prägen.

Die Regierung setzt sich für ein Zusatzprotokoll zur Kinderkonvention ein, welches das Verbot des Einsatzes von Soldaten unter 18 Jahren zum Ziel hat.

Die Anstrengungen zur völligen Abschaffung der Todesstrafe werden unvermindert fortgeführt. Die Regierung strebt ein universales Verbot dieses verwerflichen Überbleibels vergangener Zeiten an. Erfreulich ist die Tatsache, dass im vergangenen Jahr mehrere Staaten die Anwendung der Todesstrafe abgeschafft oder ausgesetzt haben, die jedoch nach wie vor in mehreren Ländern in erschreckend grossem Ausmass zur Anwendung gelangt.

Die Charta von Rom über die Einrichtung eines internationalen Gerichtshofs für Verbrechen gegen die Menschheit stellt einen wichtigen Durchbruch dar, um das Risiko der Straffreiheit bei schweren Verstößen gegen das Völkerrecht zu mindern. Nationale Souveränität darf nicht die rechtliche Verfolgung derjenigen verhindern, die gegen das Völkerrecht verstossen haben.

Frau Präsidentin/Herr Präsident!

Krisenvorbeugung und Krisenmanagement setzen eine internationale Zusammenarbeit voraus. Der Multilateralismus muss verteidigt werden. Die UNO spielt hierbei eine wichtige Rolle. Die Grossmächte müssen ihren Teil der Verantwortung übernehmen. Regionale Organisationen werden eine immer wichtigere Rolle spielen.

Die WTO kann zur Stärkung fairer und deutlicher Spielregeln in einer globalen Wirtschaft beitragen. Zur Ankurbelung von Handel, Investitionen und Wirtschaft muss die WTO deshalb weitergehen und Märkte erschliessen können. Schweden befürwortet eine weitere umfangreiche Verhandlungsrunde im Laufe des Jahres.

Die globalen wirtschaftlichen Probleme stellen Anforderungen an alle Länder der Welt, sich für die Nachfrage verantwortlich zu fühlen, damit das Wachstum nicht abnimmt.

Der IWF und die Weltbank können mit der Schaffung von Voraussetzungen für eine politische und wirtschaftliche Stabilität und Entwicklung zur Vorbeugung von Krisen beitragen. Das internationale Finanzsystem muss reformiert werden. Die Regierung wird sich aktiv für eine Stärkung der Bretton-Woods-Institutionen und eine Verbesserung ihrer Zusammenarbeit einsetzen.

Für die Regierung ist die Intensivierung der internationalen Verpflichtungen für eine nachhaltige Entwicklung von vorrangiger Bedeutung. Der 1997 in Kioto gefasste Beschluss über eine Reduzierung der Treibhausgase in den Industrieländern muss umgesetzt werden. Gleichzeitig müssen wir die Voraussetzungen für Umweltinvestitionen in den Entwicklungsländern schaffen.

Schweden begrüsst ein positives Engagement der USA in der multilateralen Zusammenarbeit. Dies gilt gleichermassen für die UNO und die internationalen Wirtschaftsorganisationen wie auch für die europäische Sicherheit und Zusammenarbeit in unserem Nahbereich.

Die Regierung setzt sich für eine Vertiefung des politischen Dialogs mit Lateinamerika ein. Wir messen dem in diesem Jahr stattfindenden Gipfeltreffen zwischen der EU, Lateinamerika und der Karibik grosse Bedeutung bei.

Schweden spielt bei der Koordinierung des Wiederaufbaus in Mittelamerika nach den verheerenden Folgen des Orkans Mitch eine führende Rolle. Die Regierung ist im Mai Gastgeber einer internationalen Konferenz, die den Grundstein für eine neue Entwicklungsstrategie für die betroffenen Länder legen soll.

Afrika macht umwälzende Veränderungen durch. Mehrere Regionen werden von Krieg und Krisen erschüttert, mit grossem menschlichen Leiden zur Folge. Gleichzeitig gehören Demokratisierung und Wirtschaftsreformen in Afrika genauso zur Tagesordnung wie Konflikte und Kriege.

Eine Lösung der tiefgreifenden Auseinandersetzungen im Gebiet der Grossen Seen, in Angola, am Horn von Afrika, in Sierra Leone und in Guinea Bissau macht umfangreiche internationale Einsätze erforderlich. Schweden engagiert sich auf diesem Gebiet in der UNO, der EU und in den Bretton-Woods-Institutionen sowie in einer direkten Partnerschaft mit afrikanischen Staaten. Im Laufe des Jahres werden besondere Massnahmen für eine weitreichende Zusammenarbeit mit Südafrika in die Wege geleitet.

Schweden fördert den kulturellen Dialog zwischen Europa und den muslimischen Ländern und beteiligt sich aktiv an der von der EU eingeleiteten Zusammenarbeit der Mittelmeeranrainerstaaten. Mittelfristig kann dies sowohl zur Sicherheit in Europa als auch zu einer Anhebung des Wohlstands in den Staaten südlich und östlich des Mittelmeers beitragen.

Der Konflikt zwischen Palästinensern und Israelis ist selbst nach einem halben Jahrhundert noch nicht gelöst. Der Friedensprozess ist festgefahren. Jetzt ist der politische Wille von beiden Seiten gefordert, vor allem aber von Israel, der stärkeren Partei. Auch die übrige Welt muss sich hier entschlossener für eine Lösung einsetzen.

Israel hat ein Recht auf sichere und anerkannte Grenzen. Die Palästinenser haben ein Recht auf die Gründung eines eigenen Staates. Die völkerrechtlich umstrittene Wohnbaupolitik Israels muss aufhören. Das Interimabkommen und das Wye-River-Abkommen, sowie die Verhandlungen über den endgültigen Status müssen durchgeführt werden.

Die Verantwortung für die Irakfrage muss wieder dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen übertragen werden. Irak darf es nicht gestattet werden, seine Massenvernichtungswaffen zu behalten, zu entwickeln oder anzuwenden. Gleichzeitig müssen wir versuchen, die so lange geschundene irakische Bevölkerung vor den Auswirkungen der verheerenden Politik Saddam Husseins zu schützen. Dies gilt vor allem für die kurdische Bevölkerung im Norden Iraks.

Die Wirtschaftskrise, von der im vergangenen Jahr viele Länder Asiens betroffen waren, ist kein asiatischer Sonderfall. Die Länder auf der ganzen Welt sehen sich mit ähnlichen Problemen konfrontiert. Mit Demokratie, funktionierenden Finanzsystemen und sozialen Schutznetzen müssen diese Probleme bekämpft werden.

Die Verhandlungen über Osttimor sind in eine neue dynamische Phase eingetreten. Die Bereitschaft der indonesischen Regierung, nun den Wunsch Osttimors hinsichtlich der Zukunft der Region zu beachten, ist ein begrüssenswerter Schritt in der richtigen Richtung. Schweden hat sich während des vergangenen Jahres aktiv dafür eingesetzt, einen Dialog zwischen Indonesien und Portugal zu fördern.

Durch Reformen gewinnen die Länder in Asien neue Stärke. Für Schweden erschliessen sich hierdurch neue politische und wirtschaftliche Möglichkeiten. Die Regierung wird dem Reichstag eine Neufassung der Asienstrategie vorlegen.

Frau Präsidentin/Herr Präsident!

In der aktiven Aussenpolitik der Regierung wird die internationale Solidarität mit der Wahrung unserer eigenen Interessen vereint.

Die demokratischen und sozialen Ideale, die die Grundlage für unsere eigene Gesellschaft und das europäische Friedensprojekt bilden, müssen sich auch global durchsetzen können.

Ebenso wie die Solidarität unsere schwedische Gesellschaft prägen soll, muss die Solidarität auch unsere Aussenpolitik prägen.

Die Aussenpolitik dient der Stärkung unserer Sicherheit und trägt zur Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts in Schweden bei.

Alte Bedrohungen und Probleme treten in den Hintergrund, doch neue Schwierigkeiten tauchen auf.

Die militärischen Spannungen gehen zurück, doch Bedrohung durch Terrorismus und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen bestehen weiterhin. Die Sicherheit in unserer Nachbarschaft nimmt zu, doch Konflikte in anderen Teilen der Welt verursachen weiterhin menschliches Leiden und Flüchtlingsströme, die auch uns erreichen. Im Umweltbereich sind Erfolge zu verzeichnen, doch das Risiko einer Klimaveränderung nimmt zu. Das globale Wirtschaftswachstum führt zu mehr Wohlstand, doch die Kluft zwischen den Menschen wird grösser.

Alte Hemmnisse und Beschränkungen entfallen und neue Möglichkeiten entstehen.

Kaum je zuvor bestanden so gute Bedingungen für Schweden, sich im Zusammenwirken mit anderen Staaten für Frieden, Freiheit und Zuversicht einzusetzen.

Wir haben den Willen und das Werkzeug zur Nutzung dieser Möglichkeiten - in unserem Nahbereich, in Europa und in der Welt.

Im Zusammenwirken mit anderen Staaten formen wir unsere gemeinsame Sicherheit und unsere gemeinsame Zukunft.